Nummer 277 — Halle, Donnerstag, den 21. September 1922 — 57. Jahrgang
Einzelpreis 5 Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land sowie durch die Post bei freier Zustellung monatlich Mark 65.00, in den Ausgabestellen abgeholt Mark 54.00 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr Mark 6.00, im auswärtigen Verkehr Mark 8.00. Reklamen die Millimeter-Zeile Mark 15.00 im Ortsverkehr und Mark 25.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammelzentrale: Sammelnummern 1140 und 1142. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Drahtt-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung. Banthaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugskündigungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Der neue Wiederaufbau-Vertrag.

40 000 Arbeiter für Nordfrankreich / Das Londoner Geheimnis / Eine Pariser Orientkonferenz / Türkischer Einbruch in die neutrale Zone Finanzhilfe für die Städte / Sturmflut in Hamburg.

Für Nordfrankreich.

Beteiligung von 40 000 deutschen Arbeitern. — Verhandlungen mit den Gewerkschaften.

Zwischen der „Chambre Syndicale des Constructeurs en Ciment Armé", der 88 der bedeutendsten französischen Bauunternehmergruppen angehören, der Lehrer — von Siemens, Vereinigte Baustoffindustrien, Berlin und Düsseldorf, ist am 14. Sept. in Paris ein Vertrag abgeschlossen worden betreffs eines gemeinschaftlich aufzustellenden Programms für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, dem im wesentlichen folgende Abmachungen zugrunde liegen:

Die „Lehrer — von Siemens - Kommanditgesellschaft" übernimmt die Beschaffung der gesamten Baumaterialien. Die deutsche Gruppe hat die gesamten deutschen Formalitäten des Sachleistungsabkommens zu erledigen. Der französische Unternehmerverband gründet zu diesem Zwecke eine besondere Baumaterialbeschaffungsgesellschaft. Der französische Unternehmerverband verpflichtet sich, alle ihm im zerstörten Gebiet übertragenen Arbeiten gemeinschaftlich mit deutschen und internationalen Unternehmergruppen auszuführen. Die beiden Gruppen wählen eine gemeinschaftliche Arbeitskommission, die am 2. Oktober in Paris zusammentritt, um über alle einleitenden Maßnahmen für die Durchführung des Lieferungs-Bauprogramms im nächsten Frühjahr zu verhandeln.

Soweit das im Stinnes-Lubersac-Vertrag vorgesehene Kohlenabkommen zur Durchführung gelangt, soll es auch dieser Gruppe zugute kommen. Die Verhandlungen der französischen und deutschen Gruppe mit einem neutralen Finanz-Konsortium stehen vor dem unmittelbaren Abschluß. Besonders wichtig ist, daß das französische Wiederaufbauministerium einer Verwendung deutscher und internationaler Arbeitskräfte bis zu 50 Prozent der Gesamtarbeiterzahl zugestimmt hat. Es würde sich nach dem Stand der bereits in Ausführung begriffenen Arbeiten um ungefähr 150 000 Arbeiter handeln. Ueber die Verwendung und die Entsendung der in Frage kommenden deutschen Arbeitergruppen sind die Verhandlungen mit den Gewerkschaften bereits aufgenommen; sie werden, wie wir hören, in durchaus entgegenkommendem Geiste geführt. Es soll sich dabei nicht nur um 15 000, sondern um etwa 40 000 deutsche Arbeiter handeln. Halbamtlich wird hierzu mitgeteilt: Gestern vormittag hat im Reichsministerium für Wiederaufbau eine Besprechung mit dem Vorsitzende des Verbandes sozialer Baubetriebe stattgefunden. Der Verband ist von dem Comite d'action des regions devastées zur Beteiligung am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs aufgefordert worden. Die erste Zusammenkunft zwischen den beiden Verbänden wird in den nächsten Tagen stattfinden.

Die Londoner Abmachungen.

Der deutsche Goldbestand unangetastet.

Berlin, 21. Sept. Nach Londoner Meldungen kursieren in den Finanzkreisen der City Gerüchte über die Vereinbarungen, die Havenstein während seines Londoner Aufenthalts mit der Bank von England getroffen habe. Man glaubt in London zu wissen, daß die am 15. Januar und 15. Februar 1923 fälligen Zahlungen an Belgien in Höhe von 50 Millionen Goldmark von der Bank von England bezahlt werden, und daß als Sicherheit für die Bank von England neben der Unterschrift der Reichsbank das bei der englischen Bank ruhende Golddepot unseres Noteninstituts in Höhe von 50 Millionen dient. Die Reichsbank soll sich ihrerseits mit der Reichsregierung in der Weise verständigt haben, daß die Reichsregierung ihr während achtzehn Monaten monatlich 15 Millionen Goldmark zur Abdeckung der Reparationsschuld zur Verfügung stellt. Dadurch wird die Reichsbank in die Lage versetzt, bis zum 15. März 1923 so viel Reserven anzusammeln, daß sie die Zahlungen bis zum 15. Juni selbst leisten kann mit einem geringen eigenen Zuschuß. Die weiteren Zahlungen des Reiches werden dann zur Begleichung der von der Bank von England zur Verfügung gestellten 100 Millionen Goldmark verwandt werden.

Verständigung über den Orient.

Paris, 21. September. (Eig. Drahtmeldung.) Das offizielle Kommunique, das nach Abschluß der Konferenz zwischen den drei großen Ententemächten herausgegeben wurde, lautete: „Lord Curzon, Graf Sforza und der französische Ministerpräsident haben heute mittag 3½ Uhr am Quai d'Orsay eine erste Besprechung gehabt. Sie haben sich über die Nützlichkeit einer so schnell als möglich einzuberufenden Konferenz geeinigt, zu welcher England, Italien, Frankreich, Japan, Griechenland, Rumänien, die Türkei, Jugoslawien zugezogen würden und in welcher die Regelung der Bedingungen des zukünftigen Friedens vorgenommen werden soll. Lord Beatty hat einen Bericht über die militärische Lage am Bosporus erstattet. Admiral Grasset hat dazu einige vervollständigende Informationen gegeben. Da Lord Curzon dem Wunsche Ausdruck gegeben hat, die Ansicht der britischen Regierung einzuholen, wird morgen keine Sitzung stattfinden. Die nächste Sitzung findet erst am Freitag nachmittag statt.

Vorrücken Kemal Paschas.

London, 21. September. (Eig. Drahtmeldung.) Die letzte Entwicklung der Orientkrise besteht darin, daß nach einer Reutermeldung Kemal Pascha den Ort Bigha an der Südküste der Dardanellen besetzt hat. Bigha liegt innerhalb der neutralen Zone, etwa 40 Kilometer von Tschanak-Kalessi entfernt, was nach dem Abzug der Franzosen gegenwärtig allein von einigen schwachen englischen Kräften gehalten wird. Zugleich liegt eine Mitteilung Kemals vor, wonach er bereit ist, die neutrale Zone am Bosporus, aber nicht diejenige an den Dardanellen zu respektieren. Es kann also kaum noch ein Zweifel bestehen, daß sich die Aktion Kemals in der Tat gegen Tschanak-Kalessi richtet, von wo aus offenbar ein Uebergang auf das europäische Ufer versucht werden soll. Trotz dieser Drohung wird von offizieller englischer Seite erklärt, daß die Lage in militärischer Hinsicht gesichert sei. Nach den Beschlüssen des gestrigen Ministerrates soll sich das Eingreifen Englands auf eine Flottenaktion beschränken. Die letzten griechischen Formationen in Anatolien haben sich in Arasli am Montag eingeschifft.

London, 21. September. (Eig. Drahtmeldung.) Generalmajor Maurice drahtet dem „Daily Chronicle" aus Konstantinopel, die türkische Kavallerie an der Grenze der neutralen Zone auf der asiatischen Seite der Dardanellen nehme an Stärke zu. Die türkischen Streitkräfte sammelten sich nach und nach und würden zu einer Bedrohung der asiatischen Küste. Der Oberbefehlshaber Sir Charles Harrington habe eine Erklärung veröffentlicht, worin er die Entschließung der Engländer kundgibt, die neutrale Zone bis zur Entscheidung der Alliierten zu halten, und sagt, er werde einen kemalistischen Einmarsch in diese Zone als kriegerische Aktion ansehen.

Reichswirtschaftsrat und Tabakzoll.

20 Prozent Verbrauchsrückgang. — 20 Millionen Goldmarkersparnis.

Berlin, 20. September. (Eig. Drahtmeldung.) Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich mit dem Entwurf über die Einfuhrbeschränkung entbehrlicher Luxuswaren. Vom Reichsfinanzministerium ist außerdem beabsichtigt, die Steuer für Tabakerzeugnisse angemessen zu erhöhen.

Das Reichsministerium des Innern legte den Entwurf eines Gesetzes über Verlängerung der Geltungsdauer von Demobilmachungsverordnungen zur Begutachtung vor. Ferner lag vom Reichswirtschaftsministerium ein Entwurf vor, der beabsichtigt, den Deutschen Handels- und Gewerbekammertag in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts zu verwandeln. Die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten sich gegen den Entwurf. Die Mehrheit entschied sich für den Entwurf.

In der Erörterung wurde die Erhöhung der Steuer für Tabakerzeugnisse besonders behandelt. Ein Arbeitgebervertreter des Handels legte die bedrängte Lage der Tabakindustrie dar, in die sie durch die Schwierigkeiten der Devisenbeschaffung, die hohen Steuern und die sinkende Konsumkraft der Bevölkerung geraten sei. Sie führe daher etwa 30 Prozent ihrer Erzeugnisse ins Ausland. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums hielt dem entgegen, daß die Ausfuhr der Tabakindustrie von der Regierung weiter unterstützt werden wird, um das Eintreten von Arbeitslosigkeit möglichst zu verhüten. Gegebenenfalls könnten die Arbeitslosen anderweit untergebracht werden. Wenn der von der Regierung erwartete Rückgang des Verbrauchs im Inland um etwa 20 Prozent eintritt, bedeutet das eine Ersparnis von etwa 20 Millionen Goldmark, die für unsere Zahlungsbilanz so ins Gewicht fallen, daß sie unter den heutigen Verhältnissen ausschlaggebend sein muß. Diesem Standpunkt schloß sich die große Mehrheit des Ausschusses an. Sodann wurde mit allen gegen eine Stimme beschlossen:

„Der wirtschaftspolitische Ausschuß stimmt der Absicht der Regierung zu, vorübergehend die Zollsätze für Tabak zu erhöhen. Er gibt dabei der Erwartung Ausdruck, daß baldigst durch entsprechende steuerliche Maßnahmen ein Ausgleich für die einzelnen Tabakerzeugnisse getroffen wird, der den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten gerecht wird."

Gewerkschaften gegen Betriebsrätekongreß.

Gegen die Beteiligung an dem kommunistischen Betriebsrätekongreß, der im Widerspruch mit dem Willen der Gewerkschaften geplant ist, wendet sich der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes mit einem Aufruf an die Mitglieder, Betriebsräte und Ortsverwaltungen. Es heißt darin u. a.: „Wer sich an der Vorbereitung des kommunistischen Betriebsrätekongresses beteiligt, wer an dem kommunistischen Betriebsrätekongreß teilnimmt, hat Ausschluß aus dem Verbande zu gewärtigen, denn eine große Hungersnot wäre die Folge der Maßregeln, die dieser Betriebsrätekongreß erzwingen will."

Heutiger Stand des Dollars 1400.

Völkerbund und Reparation.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Es ist sicher kein Zufall, daß die Regelung des bedingten Zahlungsaufschubs mit Belgien zeitlich zusammenfiel mit jener bemerkenswerten Sitzung der dritten Kommission des Völkerbundes in Genf, in welcher das gesamte Reparationsproblem erörtert wurde. So sehr man sich vor einem sträflichen Optimismus hüten muß, so verkehrt wäre es doch nun, an eine Besserung der Reparationskrise zu glauben. Die Ereignisse im nahen Orient haben die Westmächte zweifellos erheblich beunruhigt. Frankreich hat den Angora-Türken die helfende Hand geliehen, aber es hat gar kein Interesse daran, daß nun sich am türkischen Siegerübermut ein neuer Balkankrieg entzündet. Die englische Regierung ist sogar durch die Ereignisse in Kleinasien in starke Verwirrung gebracht worden. Lloyd Georges Appell an die Dominions hat selbst im eigenen Lande große Beunruhigung erweckt. Gegenüber den heraufsteigenden Kriegsgefahren beginnt man innerhalb der Entente anscheinend doch einzusehen, daß ein friedenshafter Zustand Europas eine erhebliche Gefahrenquelle darstellt, wenn plötzlich der Balkankrieg nach Europa übergreift. Weiß man doch nicht, wie man den völlig unbekannten russischen Gegner einzuschätzen hat. Daneben aber ist England schon immer lebhaft interessiert, daß das ungelöste Reparationsproblem nicht seinen Handel weiter verwüste, und in Frankreich gab es bis vor kurzem eine wachsende Unzufriedenheit über den langsamen Fortschritt des Wiederaufbaues. Der Stinnes-Lubersac-Vertrag hat neue Hoffnungen der unzufriedenen Bevölkerung in den zerstörten Gebieten erweckt, die auch ein Poincare nicht immer wieder täuschen kann. So sind es gewichtige weltpolitische und im letzten Grunde für die einzelnen Ententeländer innerpolitische Motive, die einer beschleunigten Lösung des Reparationsproblems Antrieb geben.

Lord Robert Cecils Rede in der dritten Kommission des Völkerbundes ist darum so bedeutsam, weil sie auf einer sichtbaren Verabredung mit den Franzosen beruhte. Frankreich hat nach Genf den Senator de Jouvenel entsandt. Man weiß, daß dieser französische Politiker schon lange ein eifriger Befürworter einer rein wirtschaftlichen Betrachtungsweise der Reparationsfrage ist. Er hat in den Kammerdebatten wiederholt Poincare wegen seiner politischen Behandlung der Angelegenheit kritisiert. Daß man ihn jetzt zum französischen offiziellen Antwortträger gemacht hat, könnte sehr wohl auf einen begonnenden Umschwung in Frankreich hindeuten. Poincare muß innerpolitisch mit der wachsenden Partei rechnen, die der politischen Behandlung des Reparationsproblems abhold gesinnt ist. Wenn man Herrn de Jouvenel recht verstanden hat, so besitzt Frankreich bereits einen festen Plan der Durchführung hinsichtlich der Anträge Englands. Lord Robert Cecil hat, vorsichtig zwar, aber dennoch unmißverständlich, das Problem umfassend behandelt. Er will nicht nur eine Herabsetzung der Reparationsverpflichtungen, sondern auch eine Schuldenkürzung unter den einzelnen alliierten Mächten. Darüber hinaus hat er in vorsichtigster Form das Abrüstungsproblem angeschnitten. Bisher wurde in Frankreich selbst einer verbindenden Behandlung der Schuldenfrage mit dem Reparationsproblem widersprochen. Jede Erörterung der Abrüstungsfrage hat Frankreich bisher sabotiert. Herr de Jouvenel hat auch diesmal etwas reichlich viel von moralischer Abrüstung gesprochen, aber in dem Antrag Cecils heißt es zum Schluß: „Die dritte Kommission erlaubt sich der Versammlung die Notwendigkeit einer sofortigen Tat nahezulegen; denn es ist sicher, daß es, so lange die finanziellen Schwierigkeiten Europas nicht geregelt sind, keine Hoffnung auf Wiederherstellung der Stabilität und der politischen Vertrauens gibt, ohne die die moralische Abrüstung unmöglich ist, von der dann wiederum das Gelingen jedes Planes zu einer Herabsetzung der Rüstungen abhängt."

Hier ist ganz klar der Zusammenhang der Schuldenfrage, Reparationsproblem und Abrüstung hergestellt. Bei der verhetzten Stimmung gewisser aktiver Kreise der französischen Oeffentlichkeit wäre es erklärlich, wenn Herr de Jouvenel noch nicht mit der Tür ins Haus fällt. Die Hauptsache ist, daß man sich in seiner Gruppe darüber klar ist, daß alle drei Fragen untrennbare Teile eines Gesamtproblems sind. Gerade von Amerika aus, das ja in der Frage der Schuldenkürzung das letzte Wort zu reden haben wird, ist diese Unteilbarkeit des Problems von Anbeginn an betont worden. Freilich hat die Abrüstung noch eine aktuelle Unterfrage, das ist die Besetzung der Rheinlande. Hier muß die Abrüstung einsetzen. Auch darüber gibt es unter den Sachkennern kaum eine Meinungsverschiedenheit. Die Besatzungskosten fressen alle Reparationsmöglichkeiten auf. Vorläufig betrachten noch weite Kreise des militarisierten Frankreichs das besetzte Gebiet als angenehme Versorgungsmöglichkeit. Es wird sehr schwer werden, den zahlreichen Nutznießern der Rheinlandbesatzung in Frankreich klar zu machen, daß sie im höheren europäischen Gesamtinteresse von ihren Sinekuren Abstand zu nehmen haben. Auch hier ist sicher der Zeitpunkt noch nicht da, wo ein französischer Vertreter

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220921012/fragment/page=0001

ehne ganz offene Sprache führen könnte. Herr de Jouvenel versucht offenbar dem französischen Volke die Wahrheit in homöopathischen Dosen darzureichen. Ob dies die richtige Methode ist, darf als fraglich gelten. Jedenfalls wird man auch im Völkerbund allmählich aus der Reserve heraustreten müssen. Erst dann wird sich zeigen, ob die Hoffnungen berechtigt sind, die man an die Erörterung der Reparationsfrage vor dem Völkerbund hier und da knüpft. Allerdings hat Lord Cecil recht, wenn er scharf betont, daß für eine Rettung Europas nicht mehr sehr viel Zeit übrig ist.

*

Der vielseitige Poincare.

Die „Erinnerungen Wilhelms II.," die gleichzeitig mit der Buchausgabe vom 24. September ab in den Pariser Blättern stückweise veröffentlicht werden sollen, will der französische Ministerpräsident Poincare persönlich fortlaufend mit Anmerkungen versehen. Es ist nicht nur die Vielseitigkeit des mit Regierungsgeschäften gewiß ohnehin schon überlasteten französischen Ministerpräsidenten, die man bewundern muß, sondern es ist vor allem die Tatsache, daß der französische Regierungschef persönlich die journalistische Tagesarbeit der Kommentierung politisch nicht unwichtiger Zeitungsveröffentlichungen in die Hand nehmen will, die für den deutschen Leser erstaunlich ist. Wäre so etwas in Deutschland denkbar? Gewiß nicht, und doch wäre es oft sehr nötig.

Sozialdemokratische Parteitage.

Augsburg, 20. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der sozialdemokratische Parteitag setzte an seinem vierten Verhandlungstag die Aussprache über den Bericht der Reichstagsfraktion fort. Hertwig (Oberschlesien) rühmte den Opfermut der jetzt in Polnisch-Oberschlesien lebenden deutschen Sozialdemokraten und begrüßte die Mahnung, die deutschen Sozialdemokraten sollten sich bewußt als Deutsche fühlen. Wendel (Frankfurt a. M.) richtete heftige Angriffe gegen den Reichswehrminister Dr. Geßler, der schon deshalb eine politisch unmögliche Figur sei, weil er den Ungeist pflege durch Traditionskompagnien und andere Kinkerlitzchen. Der Redner befürwortete dann einen Antrag, in dem es heißt: Die Zuspitzung der außen- und innenpolitischen Verhältnisse dränge zur schärfsten Beobachtung der Reichswehr, die nach wie vor

ein Fremdkörper in der Republik sei.

sei. Die Reichswehr müsse in eine republikanisch zuverlässige Truppe umgewandelt werden. Dem Parteitag ist inzwischen durch den Parteivorstand eine Entschließung zur Teuerungsfrage vorgelegt worden, die in der Hauptsache die schon von den Gewerkschaften aufgestellten Forderungen enthält. Prof. Dr. Strecker (Darmstadt) bemängelte dann die Art, in der der Kapallo-Vertrag abgeschlossen worden ist. Seit dem Ausscheiden Hermann Müllers hätten wir keine stetige und klare auswärtige Politik. Dr. Schüpinger (München) forderte größere Unterstützung derjenigen ehemaligen Offiziere und Soldaten, die sich in Verbindung mit dem „Bund neues Vaterland" als Republikaner zusammengeschlossen haben. Marcwald (Frankfurt a. M.) begründete darauf einen

Antrag auf Entlassung des Reichswehrministers.

Franz Krüger verlangte Volksabstimmung über die Enteignung des Hohenzollernvermögens, Fortsetzung der Regierungskoalition, Säuberung der Reichswehr, unbedingten Schutz der Republik. Reichstagspräsident Loebe erklärte, um die Erfassung der Sachwerte kämen wir nicht herum. Die Sozialdemokratie werde darauf bestehen bis zur endgültigen Erfüllung. Er begründete dann einen Antrag, Schritte zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu unternehmen. Voraussetzung sei jedoch, daß uns eine unserer Bedeutung entsprechende Stellung im Völkerbund eingeräumt wird. Hoch (Hanau) setzte sich für die energische Durchführung der Sozialisierung ein. Wolkenhuhr (Berlin) bemerkte: In der Reichsmarine sehe es noch schlimmer aus als in der Reichswehr. Zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung reiche eine reformierte Schutzpolizei aus. Die Säuberung der Reichswehr müsse mit den schärfsten Mitteln erzwungen werden. Hermann Müller unterstützte den Antrag Loebe betr. des Völkerbundes. Gegen 1 Uhr trat die Mittagspause ein.

In der gegen die Teuerung gerichteten Entschließung heißt es u. a.: Zur

Sicherung unserer Lebensmittelversorgung

soll der Parteitag folgende Maßnahmen für notwendig: 1. Die im Gesetz als limitierte festgesetzten Getreidemengen restlos abzuliefern. Der Getreidepreis hat sich in den Grenzen zu halten, daß das Brot zu erschwinglichen Preisen für die Minderbemittelten abgegeben werden kann. 2. Verbot gewerbsmäßiger Herstellung und Feilhalten von Kuchen und Konditorwaren. 3. Erhöhung der Ausmahlungsquote des Brotgetreides auf 90 Prozent. 4. Begünstigung der Abschlüsse für Lieferverträge für Kartoffeln. In die Versorgung durch freiwillige Vertragsabschlüsse nicht zu erreichen, so ist Lieferung zu erzwingen. 5. Der Zucker aus der heimischen Erzeugung ist zunächst für den Verbrauch in den Haushaltungen freizugeben. Gewerbe, die Zucker verarbeiten, sind auf den Bezug von Auslandszucker zu verweisen. 6. Sicherstellung der für Kinder und für Kranke notwendigen Milchmengen, wenn nicht anders zu erreichen, durch Verbot der Herstellung von Butter. Weiterhin wird beantragt, daß die Polizeistunde für alle Schankstätten, die Trinkbranntwein ausschenken, auf 9 Uhr festgesetzt wird und daß strenge Durchführung der Wuchergesetze, keine Milderung, sondern Verschärfung erfolgt.

Der Parteitag der Unabhängigen.

Gera, 20. September. Heute nachmittag hat in der Turnhalle der Parteitag der Unabhängigen begonnen. Zuerst ergriff der Parteivorsitzende Crispien das Wort: Die Einigung der beiden großen sozialistischen Parteien werde hier und in Augsburg so vorbereitet, daß in Nürnberg dann das Werk vollendet werden könne. Der Kapitalismus habe die ganze Erde erfaßt und die Arbeiterschaft in allen Ländern revolutioniert. Die revolutionären Parteien blicken hoffnungsvoll auf Rußland, um von dort Osteuropa bedrohen zu können. Das Kapital trifft in der ganzen Welt die Vorbereitung für einen konzentrierten Angriff auf das Proletariat. Aber in weiten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft ist leider eine Lethargie eingerissen, der wir entgegenzutreten müssen. In Deutschland bereiten sich für die nächsten Wochen schwere Kämpfe vor. Die Großindustrie unter Führung von Stinnes und Klöckner unternimmt nach Zusammentritt des Reichstags einen Angriff auf die Regierung. Sie verlangt nicht weniger als vier Ministersessel, um die Herrschaft des Kapitals auf politischem Gebiete wie auf wirtschaftlichem Gebiete zu sichern. Ich kann Ihnen mitteilen, Genossen, daß deutsche, französische und englische Arbeitervertreter zusammengewesen sind, um über den Stinnesvertrag Beschlüsse zu fassen. Man ist übereingekommen, daß die Arbeiterschaft in den drei Ländern kämpfen muß, um die Einschaltung des Proletariats in diesem Vertrag. Die bürgerlichen Parteien organisieren einen Generalangriff gegen die Arbeiter. Bedauerlich ist es, daß die deutschen und internationalen Kaffeehelfershelfer an den Kommunisten gefunden haben (Zwischenrufe). Die Kommunisten unter Führungen Moskaus sind ebenso reaktionär wie ein bürgerlicher Reaktionär.

Zu Vorsitzenden des Parteitages wurden darauf Dittmann (Berlin) und Bock (Gotha) gewählt.

Zur Verlobung Wilhelms II.

Uebersiedelung des Kronprinzen nach Kerstwergen.

Haag, 20. September. „Allgemeen Handelsblaad" meldet aus Doorn: Im Portiergebäude sind Register ausgelegt für diejenigen, die zur Verlobung des Kaisers gratulieren wollen. Die erste Verlobungsrede ist gestern abend durch den Bürgermeister von Steitz gehalten worden, der den Kaiser und den Kronprinzen schon vor einigen Tagen zum Abendessen eingeladen hatte. Die Bestätigung der Verlobung ist durchaus unerwartet erfolgt, sonst hätte der Kaiser keine Einladung zu diesem Tage angenommen. Weiterhin meldet die Zeitung, daß der Kaiser und der Kronprinz in letzter Zeit häufig bei der Familie Blankenhagen in Steitz erschienen sind. Da diese Familie auf einige Jahre ins Ausland zu gehen beabsichtigt, soll sie während dieser Zeit ihren Landsitz Kerstwergen dem Kronprinzen zur Verfügung gestellt haben. Da das Haus Doorn für seine Bewohner sehr wenig Platz hat, so wird bereits vom Hofmarschallamt mit zwei Unternehmern und Häuseragenten verhandelt.

Aus der Heimat

Das Ende eines Turkonzerns.

Zuchthaus- und Gefängnisstrafen.

Dresden, 21. Sept. Die Gründer des größten Konzernschwindelunternehmens in Sachsen, des Turkonzerns, hatten sich jetzt vor dem Dresdener Landgericht zu verantworten, nämlich der frühere Ziegeltrager Emil Bachmann, der Bücherrevisor Richard Breitschneider und der Former Georg Reichardt, von denen der erste und der letzte bereits erheblich vorbestraft sind. Ferner waren noch fünf Personen wegen Beihilfe angeklagt. Aus der Verhandlung ergab sich, daß die Gründer ein sehr lustiges Leben geführt haben. Sie unternahmen Autofahrten, hielten sich Freundinnen, Bachmann sogar deren zwei. Er nahm auch sehr viel Geld aus der Kasse, um für seine Zukunft zu sorgen. In wenigen Wochen hatte der Konzern 22¾ Millionen Mark eingenommen, wovon eine doppelte Monatsrate mit nahezu 6 Mill. Mark zurückgezahlt wurde. Es gelang für die Gläubiger damals ziemlich viel zu retten, weil der Konkurs noch rechtzeitig verhängt worden war. Das Gericht verurteilte Bachmann und Breitschneider zu je 1½ Jahren Zuchthaus und 60 000 Mark Geldstrafe, Reichardt zu 8 Monaten Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe, der fünfte wurde freigesprochen.

Eisleben. (Im Auto entführt.) Die 21jährige Selma Kohlmann von hier wurde in einem Auto entführt. Eine Freundin der K., ein Frl. Schumann aus Berlin, hatte versucht, die K. zu überreden, mitzukommen. Als das fehlschlug, ist die Schumann gegen Abend wiedergekommen und erzählte, daß der Onkel mit dem Auto gekommen sei und er sie einlade, durch Eisleben zu fahren. Dem stimmte Selma Kohlmann zu. Seitdem ist das Mädchen verschwunden. Es wird stark angenommen, daß es sich um einen ganz raffinierten Mädchenhandel handelt, deren Handlanger die ehemalige Freundin Schumann ist.

Apolda. (Ein schwerer Junge!) Joseph Medecki, der doppelte Ausbrecher, der wiederholt Diebstähle in Uthenhach, Gaberndorf und Lützendorf ausgeführt hatte, ist bei Hindenburg in Oberschlesien, als er ohne Papiere die Grenze überschreiten wollte, abermals verhaftet worden.

Chemnitz. (Im Walde verhungert.) Eine in Chemnitz wohnende Frau Fischer verlor auf tragische Weise ihr dreijähriges Söhnchen. Die Frau war mit ihrem Kinde und dessen 15jährigem Bruder nach Carlsfeld im Erzgebirge gefahren. Die beiden Kinder besuchten in Begleitung eines anderen Kindes ohne Kenntnis der Mutter den Jahrmarkt. Dort entfernte sich der Kleine von seinem älteren Bruder. Alle Nachforschungen nach dem Kinde waren vergebens. Nach 9 Tagen fand man jetzt das Kind verhungert im Walde.

Neues vom Tage

Sturmflut an der Nordsee.

Hamburg, 21. September. (Eigene Drahtmeldung.) Ein schwerer Nordweststurm hat heute in der Stadt verschiedentlich Schaden angerichtet. In vielen Straßen wurden die Bäume umgeweht, so daß die Feuerwehr eingreifen mußte. Das Wasser in der Elbe stieg sehr rasch. Um 11¾ Uhr wurden die ersten Warnungsschüsse abgefeuert. Der Sankt Pauli-Fischmarkt war überflutet. Der englische Kreuzer Orient Aron, der sich im Tau einiger Schlepper befand, ist bei der Oste auf Grund gelaufen. Auch aus Vierlanden wird gemeldet, daß das Wasser der Elbe zu einer solchen Höhe anstieg, daß die Deiche gänzlich überflutet waren. Der Lotsenschoner Curhaven 1 ist gestern Nachmittag um 5 Uhr bei einem schweren Nordweststurm auf der Nordspitze der Düne gestrandet. Die Mannschaft wurde durch das Helgoländer Lotsenboot gerettet. Das Schiff ist wahrscheinlich verloren.

Großfeuer auf einem Holzlagerplatz.

Ein Großfeuer kam aus noch nicht ermittelter Ursache in Reinickendorf-Ost zum Ausbruch und verursachte enormen Schaden. Als die Gefahr um 5 Uhr morgens bemerkt wurde, stand dort ein großer Holzlagerplatz schon in solcher Ausdehnung in Flammen, daß Teile der Berliner und die beiden Reinickendorfer Wehren alarmiert werden mußten. Die Flammen hatten an den großen und wertvollen Holzvorräten so reiche Nahrung gefunden, daß mit allen verfügbaren Kräften von mehreren Seiten angegriffen werden mußte, um ein Uebergreifen auf die angrenzenden Gebäude usw. zu verhüten. Nach dreistündiger angestrengtester Tätigkeit hatten die Wehren das Feuer so weit gelöscht, daß die Berliner Löschzüge wieder abrücken konnten. Die Reinickendorfer Wehren sind noch an der Brandstelle tätig, um die einzelnen Holzstapel abzulöschen und ein Wiederaufflackern des Feuers, das trotz des Regens eine große Ausdehnung erlangt hatte, zu verhindern. Der Schaden ist bei den heutigen Holzpreisen ganz gewaltig und läßt sich jetzt noch gar nicht übersehen.

Ein Personenzug entgleist. Ein größeres Eisenbahnunglück ereignete sich auf der Lokalbahnstrecke Augsburg—Welden. Ein Personenzug entgleiste ein Personenzug. Es stürzten fünf Wagen um, wobei mehrere Personen verletzt und der Lokomotivführer und Heizer getötet wurden.

47 Tote bei einem Grubenunglück. Die Rettungsmannschaften auf der Argenaut-Grube in Amerika, die anläßlich eines schweren Grubenunglücks vordrangen, fanden am Dienstag 4350 Fuß unter der Erde 47 Goldgrubenarbeiter tot auf, die dort von dem Unglück überrascht worden waren und bereits vor 22 Tagen in dem entstandenen Qualm erstickten.

Druckunglück in Hamburg. Gestern morgen kurz nach 8 Uhr stürzte auf der neuen Fabrikanlage des Ottensser Eisenwerkes am Veddeldamm die Giebelmauer eines Neubaues in sich zusammen und riß das Baugerüst mit sich. Zwei Bauarbeiter sind dabei zu Schaden gekommen. Wie verlautet, soll der Sturm und der Wolkenbruch der letzten Nacht zu dem Unglück beigetragen haben.

Der übliche Hoteldiebstahl. In einem Münchener Hotel wurde einer Ausländerin eine Geldbörse gestohlen, die einen Gesamtwert von 306 000 Mark enthielt. Bei einem Einbruch in ein Schuhwarengeschäft in München wurden 40 Paar Herren- und Damenstiefel sowie eine größere Zahl Kinderstiefel im Gesamtwert von 200 000 Mark gestohlen. Gelegentlich einer Fremden-Kontrolle wurde gleichfalls in München gestern früh der 26jährige Bankbeamte Walter Berghold festgenommen, der vor zwei Monaten als Angestellter einer Dresdener Bank dem Depot ausländische Werte entnommen hat und damit geflüchtet ist. Die Unterschlagung beläuft sich auf insgesamt 800 000 Mark. Berghold gibt an, daß ihm 200 000 Mark in Berlin von drei Räubern abgenommen worden seien.

Morells Milliarden.

Roman von Hellmuth Unger.

(... Fortsetzung). (Nachdruck verboten).

Hier gab sich Gelegenheit, dieser Dame zu beweisen, daß die Welt sich doch für sein Ergehen interessierte. (Jeder andere Verunglückte wäre vom Reporter des Lakeville Evening genau so interviewt worden.) Mr. Morells Ehrgeiz stieg allerdings höher, als im Lakeville Evening, einem Winkelblättchen, das niemand las, in einem Feuilleton verherrlicht zu werden, nur weil er zufällig beinahe das Nasenbein zerschlagen hatte.

„Schreiben Sie auch für andere Blätter, mein Herr?"

„Gewiß."

„Auch für Frisko?"

„Will ich meinen."

„Was wünschen Sie zu erfahren?"

Der Reporter hielt einen Schreibblock bereit.

„Woher?"

„Hoboken."

„Wohin?"

„Ueber Oakland, Frisko nach Los Angeles."

„Umwege? Wie? He? Mann?"

„Gewiß."

„Name?"

Der Milliardär gab sich Pose. Er glaubte, daß sein Name den Winkelpressemenschen niederschmettern würde.

„Morell."

„Gibt diese Morells, Herr!"

Das Mopsgesicht des Interviewiers verzog sich zu schmerzlicher Grimasse.

„Samuel Morell, Herr!"

„Sam?"

Der Reporter horchte auf.

„Ich kenne auch mehrere Sams."

„Der Milliardär, der bekannte . . ."

„Jetzt schlägt die Bombe ein!

Freut mich, Mr. Morell."

Der Reporter gab ihm die Hand. Das schien er als Auszeichnung anzusehen. Da drehte sich Morell entrüstet um. Wie einen Schulbuben ließ er sich nicht behandeln.

Die Leute hatten unterdessen den armen Charlie nach dem Auto getragen und versuchten ihn durch auf alle möglichen Methoden ins Dasein zurückzurufen. Der Chauffeur lehnte apathisch in einer Wagenecke. Der Reporter drehte sich ruhig um, als er von Morell nichts mehr erfahren konnte (selbstverständlich kannte er ihn) und entdeckte als neues Opfer seiner Pflicht den Ohnmächtigen. Er ließ also den Milliardär stehen und setzte sich zu Charlie. Der Wagen preschte davon. Mr. Morell war allein. Unerwartet. Er wollte die Limousine nicht liegen lassen, da er eine vorzeitige Abmontage durch Unberufene befürchtete. Er mußte sie also der Bewachung der Leute anvertrauen.

„Wollt ihr auf den Blizzard achtgeben, Leute?"

„Gewiß."

Drei Hände streckten sich ihm entgegen.

Mr. Morell suchte in den Taschen. Er hatte kein Geld, denn mann braucht ein Milliardär Kleingeld. Er hatte sonst keine Reisebegleiter, die solche Kleinigkeiten wie Geldausgeben besorgen. Und Mr. Wilson, sein Privatsekretär, erwartete ihn erst in Frisko. Einen Scheck schreiben? Die guten Leutchen würden nicht wissen, was das war. Da fiel ihm zum Glück sein Radiotaschentelegraph ein, den er stets bei sich führte. Er stellte Mr. Wilsons Zahl ein und gab das Zeichen. Nach wenigen Minuten meldetete sich der Sekretär, der gerade im Dachgarten des Globushotels in Frisko in einem Korbsessel saß und schlummerte. Mr. Morell unterrichtete ihn kurz von dem Unfall und gab Anweisung, sofort in Frisko ein Auto zu kaufen und ihn abzuholen. Mr. Wilson versprach, in einer Stunde dort zu sein.

Der Sekretär wollte schon abtunken, da meldete sich Morell nochmals.

„Mr. Wilson?"

„Ja?"

„Gibt es in Frisko blaue Rosen?"

„Ich werde mich umsehen."

„Danke."

Der Milliardär steckte seinen Radiotaschentelegraphen wieder ein. Da damals bereits jeder besser Situierte einen solchen Apparat bei sich führte, waren, um keine falschen Verbindungen entstehen zu lassen, wie bei den Telephonen leidigen Angedenkens, für jeden Radioteilnehmer bestimmte Schwingungszahlen festgelegt. Man hatte eine Radionummer wie früher eine Telephonnummer, nur daß die Radionummer nicht willkürlich war, sondern der Schwingungszahl der elektrischen Wellen entsprach, die man aussandte.

Genau nach einer Stunde raste auf der Straße von Frisko ein Cuc-Wagen herran. Ein Cuc-Touringwagen neuesten Modells.

Mr. Wilson begrüßte erfreut seinen Herrn.

„Unglück gehabt?"

„Ja. Scheußlich. Hut verbeult und Rose entblättert. Und Charlie . . ."

„Charlie?"

„Herz verstaucht oder Rippe gebrochen."

„Wo ist er?"

„Lakeville."

„?"

„Spital."

„Tot?"

„Hoffe nicht."

Der Sekretär verhandelte sofort mit den Leuten, stellte ihnen gute Belohnung in Aussicht, wenn sie die Limousine bewachten und versprach, schnellstens Monteure aus Frisko zu schicken.

Während Mr. Morell wartet, zufrieden, daß er die Scherereien mit den Leuten los war, fuhr das Reporterauto mit dem verunglückten Chauffeur nach Lakeville.

Der Vertreter des Evening mußte noch eine Weile warten, bis Charlie sich endlich regte. Dann aber stürzte er sich auf sein wehrloses Opfer.

„Besser? Wie? He? Mann?"

„Danke!"

„Freut mich. Wer ist Mr. Morell?"

Die Frage wirkte auf den Zusammengebrochenen wie ein Dosis Kampfer.

„Sie . . . kennen . . . Mr. Morell-Amerika nicht?"

„Wenn Sie mich unterrichten wollten . . ."

Charlie gab bereitwillig Auskunft und der Reporter schrieb:

„Mr. Morell hat die größten Zuckerplantagen in Louisiana, ihm gehören 40 000 Quadratkilometer Wald in den Appalachen, er ist Großfarmer in Ohio und Oregon, er hat 200 000 Stück Rindvieh in Texas, besitzt die größte Kondensmilchfabrik in New York. Seine Steinkohlengruben am Rend River liefern immer noch täglich 10 000 Tonnen (was eine unerhörte Ziffer bedeutet, da es zu dieser Zeit kaum noch Kohlen auf der Erde gab). Er ist Petroleumkönig in Colorado und Kansas, die Kupferwerke von Arizona sind sein Eigentum. Mr. Morell liefert Wolle und Fleisch, Eisen und Petroleum, Maschinen, Kohlen und Tabak und Leder. Er bewohnt das gelbe Palais in Hoboken, hat ein Jagdhaus in Minnesota, von den Sulninseln gehört ihm Morells Island, sein Sommerßig. Und außerdem soll er 20 Milliarden bar haben."

Charlie kramte sein Wissen aus und nahm es vielleicht mit der Wahrheit nicht zu genau. Dies aber zu Mr. Morells Ungunsten, denn der Reichtum Morells ließ sich tatsächlich nicht in vierzehn Druckseiten überjagen. Dann beschrieb Charlie die Einzelheiten des Unfalls und konnte hierbei seiner Phantasie mehr Spielraum geben.

„Es war eine Morell-Limousine?"

„Ja."

„Worauf führen Sie das Unglück zurück?"

„Der Motor versagte wohl . . . Vielleicht wo Bruch im Benzinleitung. Ich weiß es nicht genau."

„Danke."

Charlie wurde im Spital abgeliefert. Der Reporter fuhr zur Redaktion des Lakeville Evening. (Forts. folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220921012/fragment/page=0002